

Nachrichten

für Arbeit, Erneuerung und Gerechtigkeit in unserem Land

Edelgard Bulmahn: „Gemeinsame Bildungs-Reform ist auf dem Weg“

Start frei für Aufbau von Ganztags-Schulen

Noch in diesem Jahr werden in Deutschland die ersten Ganztags-Schulen mit Hilfe der Bundesregierung aufgebaut. Anlässlich der Unterzeichnung der Verwaltungs-Vereinbarung zwischen Bund und Ländern zum Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ würdigte Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) diese Tatsache als ersten wichtigen Schritt auf dem gemeinsamen Weg zur großen Bildungs-Reform in Deutschland.

Mit dem Programm werden Ländern und Kommunen vier Mrd. € zur Verfügung gestellt. Bereits in diesem Jahr stehen die ersten 300 Mio. € für die Länder bereit. In den kommenden drei Jahren sind es für weitere Ganztags-Schulen jeweils eine Milliarde und im Jahr 2007 noch einmal 700 Mio. €. Der Verteilungs-Schlüssel für die Länder richtet sich nach ihrem Anteil an der Zahl der Schülerinnen und Schüler von der 1. bis zur 10. Klasse.

Die SPD-Ministerin mahnte für die Bildungs-Politik einen Richtungs-Wechsel an: „Wir brauchen eine neue Kultur des Bildungs-Optimismus.“ Anstelle der Auslese von guten und schlechten Schülerinnen und Schülern sollten die Kinder stärker gefördert und gefordert werden. „Wir müssen außerdem die starke Kopplung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg durchbrechen“, sagte Bulmahn.

Für gute Ganztags-Schulen müssten individuelle Konzepte entwickelt werden. Für das pädagogische Konzept seien die Länder verantwortlich. Edelgard Bulmahn regte an, den Unterricht mit Zusatz- und

Freizeit-Angeboten über Vor- und Nachmittag zu verknüpfen und sich vom üblichen 45-Minuten-Takt zu lösen.

Außerschulische Angebote wie die von Jugend-Hilfe, Musik-Schulen und Sport-Vereinen sollten aufgegriffen und die Kooperation mit sozialen und kulturellen Einrichtungen vor Ort gesucht werden, sagte die Ministerin.

„Wichtig ist, dass wir die Entwicklung einer Ganztags-Schule als einen Prozess begreifen, bei dem Schul-Träger und Schulen mit Anregungen begleitet und unterstützt werden müssen“, betonte sie. Der Bund biete den Ländern für die Schulen einen länderübergreifenden Erfahrungsaustausch an.

Als weitere Schritte für die gemeinsame Bildungs-Reform von Bund und Ländern nannte Bulmahn die Entwicklung und Evaluierung (Bewertung) nationaler Bildungs-Standards durch eine nationale Agentur. Außerdem solle ein gemeinsamer Sachverständigenrat für die Bildungs-Berichterstattung in Deutschland eingerichtet werden.



Edelgard Bulmahn (SPD),
Bundesbildungsministerin:

„Mit dem Vier-Milliarden-Euro-Programm leistet der Bund einen entscheidenden Beitrag für das bedarfsgerechte Angebot von Ganztags-Schulen in allen Regionen Deutschlands.“

Jedes dritte Kind im Auto ungesichert

Jedes dritte Kind wird im Auto unzureichend oder überhaupt nicht gesichert. Auf diese lebensgefährliche Tatsache hat Bundesverkehrsminister Manfred Stolpe (SPD) hingewiesen. „Jedes dritte Kind könnte noch am Leben sein, wenn es altersgerecht angeschnallt worden wäre“, sagte Eckart Schaefer, Vorsitzender der kirchlichen Versicherung Bruderschaft, die jetzt die bundesweite Kampagne „Kind im Auto 2003“ startete.

Im Jahr 2001 wurden bundesweit mehr als 40.000 Kinder im Straßenverkehr verletzt, 230 getötet, davon 40 Prozent als Mitfahrer im Auto.

Stolpe beklagte, im Ortsverkehr sei jedes zweite Kind falsch gesichert. „Das Übel beginnt damit, dass nur etwa die Hälfte Kindersitze benutzen.“ Gurte für Erwachsene kosten Kindern das Leben – sie werden „bei einem Aufprall regelrecht erwürgt und erhängt“.

@ www.gdv.de/download/kinder_sichern.pdf

Günstige Kredite für das eigene Heim

Wichtiger Punkt der Agenda 2010

160 Mio. € pro Jahr mehr für Gebäude-Klimaschutz

Mit neuen Kredit-Programmen unterstützt die SPD-geführte Bundesregierung ab sofort das Modernisieren von Wohnungen und Häusern. Außerdem stärkt sie die Investitions-Kraft der Kommunen. Mit dieser neuen Förderung verwirklicht Bundesbauminister Manfred Stolpe (SPD) einen wichtigen Punkt der Agenda 2010 der Bundesregierung.

Für die Verbesserung des Klimaschutzes von Gebäuden stellt die Bundesregierung aus der Öko-Steuer jährlich zusätzlich 160 Mio. € bereit. Diese Summe stellt die Bundesregierung zusätzlich zu den bereits seit 2001 bereitgestellten 200 Mio. € jährlich mit ihrem Klimaschutz-Programm zur Verfügung: bis 2005 pro Jahr 360 Mio. €. Interessenten können ihre Anträge für das Programm ab sofort bei ihrer Hausbank stellen. Bisher hat die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) mehr als 27.000 Kredite mit einem Volumen von über 1,4 Mrd. € vergeben.

Damit erweitert sie die Förderung in diesem Bereich erheblich. Ingrid Matthäus-Maier, Mitglied des KfW-Vorstands: „Mit der Ausweitung des CO₂-Gebäudesanierungs-Programms können wir jetzt noch intensiver als bisher fördern – und so einen wichtigen Beitrag leisten, den CO₂-Ausstoß in Deutschland nachhaltig zu reduzieren und außerdem spürbare Impulse für den Arbeitsmarkt zu geben.“



Manfred Stolpe (SPD), Bundesbauminister: „Die Programme kommen den Bürgerinnen und Bürgern und denen unmittelbar zugute, die in kleinen und mittelständischen Betrieben arbeiten.“

Neue Punkte im CO₂-Programm

- Energetische Sanierung von vor 1979 errichteten Wohnhäusern mit dem Ziel, denselben zulässigen Bedarf an Primär-Energie wie bei neuen Bauten nach der Energieeinspar-Verordnung zu erreichen: Künftig kann eine Teilschuld in Höhe von 20 Prozent des Darlehens erlassen werden.
- Austausch von Heizungen (Gas-, Öl- und Kohle-Einzelöfen, -Zentral- sowie Nachtspeicher-Heizungen) und Ersatz alter Standard- durch Brennwert-Kessel in Kombination mit Solarkollektor-Anlagen: als Einzel-Maßnahme gefördert.
- Errichtung oder der Erst-Erwerb von KfW-Energie-Sparhäusern 40 (d. h. Bedarfs an Jahres-Primärenergie nicht mehr als 40 kWh/m²) einschließlich Passiv-Häusern: gefördert (ebenso weiter hin Energie-Sparhaus 60 im KfW-Programm zur CO₂-Minderung).
- CO₂-Minderungen von jährlich zwischen 30 und 35 kg/m² bzw. zwischen 35 und 40 kg/m² Gebäude-Nutzfläche.

Billige Darlehen fürs Wachstum

Die Bundesregierung und die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) haben den Vertrag für das „KfW-Infrastrukturprogramm, Sonderfonds Wachstumsimpulse“ unterzeichnet. Jetzt gibt es billiges Geld für die Modernisierung privaten Wohnraums und den Ausbau der kommunalen Infrastruktur für Kommunen bei der KfW.

Die Bundesregierung stellt dafür insgesamt 1,030 Mrd. € zur Verfügung. Damit können Kredite für dringend benötigte Investitionen mit einem Volumen von rund 15 Mrd. € sehr günstig vergeben werden.

Das Programm für Modernisierung von Wohnraum richtet sich speziell an Besitzer von Eigenheimen, private Vermieter, Wohnungs-Baugesellschaften und -Genossenschaften. Auch die mit dem Erwerb von Häusern häufig verbundene Modernisierung kann jetzt noch günstiger finanziert werden.

Auch Kommunen profitieren von KfW-Sonderfonds „Wachstumsimpulse“. Sie können beispielsweise für Projekte der Wasserver- und Abwasserentsorgung, abfallwirtschaftliche Prozesse und der sozialen Infrastruktur gefördert werden.

Mehr Informationen

und Details des Programms zum Orts-Tarif per Telefon 01801/33 55 77 (Informations-Zentrum) oder

@ www.kfw.de

Unentgeltliche Berechnung der Energie-Verbrauchszahl von Wohn-Gebäuden

www.co2online. (Im Auftrag der KfW entwickelter Berater)

Modernes Recht für die Verbraucher

Mit der Neufassung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) setzt die Bundesregierung nach den Worten von Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) die Stärkung der Rechte der Verbraucher fort. Schwerpunkte des Gesetz-Entwurfs sind:

- Erstmals sind die Verbraucher als Schutz-Objekt im Gesetzes-Text erwähnt.
- Die Reglementierung der Sonder-Veranstaltungen entfällt.
- Die Werbung mit Preis-Nachlässen, die nicht gewährt werden, wird ausdrücklich verboten.

Bereits vorher haben die Abschaffung des Rabatt-Gesetzes und der Zugabe-Verordnung den Wettbewerb gestärkt.



Aktions-Plan für den Verbraucher-Schutz

Der „Aktionsplan Verbraucherschutz“ ist von der SPD-geführten Bundesregierung auf den Weg gebracht worden. Dieser Plan von Bundesverbraucherministerin Renate Künast bündelt erstmals alle wichtigen Vorhaben des Bundes für die Rechte, Schutz- oder Informations-Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher.

Damit bezieht die Bundesregierung den Schutz der Verbraucher systematisch in alle Bereiche der Politik ein, entwickelt ihn fort und unterstreicht seine Bedeutung. Durch Unterstützung von Wettbewerb, Informations-Rechten und Entscheidungs-Freiheit schafft Verbraucher-Politik mehr Lebensqualität und Wohlstand. Davon profitieren Wirtschaft und Verbraucher gleichermaßen.

Der Aktionsplan orientiert sich an drei Grundsätzen:

- Prinzip der Vorsorge für den gesundheitlichen Schutz der Verbraucher
- Vorsorgender Schutz der wirtschaftlichen Interessen der Verbraucher
- Stärkung der Eigen-Verantwortung. Besondere Abschnitte des Aktionsplans sind der Gentechnik und der stärkeren Ausrichtung des Verbrauchs an den Kriterien der Nachhaltigkeit gewidmet.

@ Aktionsplan im Netz
www.verbraucherministerium.de/verbraucher/aktionsplan-verbraucherschutz.pdf (1,37 MB)

1863–2003
 140 Jahre SPD

Viele gute Gründe,
 mit uns zu feiern

Familien-Freundlichkeit gefragt

Es gibt großen Handlungs-Bedarf für einen besseren Ausgleich von Beruf und Familie. Das zeigen die Zahlen zur Beschäftigungssituation von Müttern und Vätern in Deutschland: ● 91 Prozent der Väter sind erwerbstätig, aber nur 64 von 100 Müttern.

Befragungen zeigen: 70 Prozent der nicht erwerbstätigen Mütter mit Kindern unter 12 Jahren möchten gern arbeiten.

In der Vereinbarkeit von Familie und Arbeitswelt steckt ein großes Potenzial, das es zu nutzen gilt. Darauf weist Renate Schmidt, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (SPD) hin: „Wirtschaft und Politik sind sich einig, dass eine gute Balance von Familie und Arbeitswelt zu den großen gesellschaftlichen Aufgaben gehört. Dafür sind nicht nur mehr und bessere Angebote an Kinder-Betreuung notwendig, sondern auch Unternehmen, die Eltern bei der Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützen. Wir benötigen in Deutschland eine familien- und frauenfreundlichere Unternehmens-Kultur.“

Deshalb gibt es jetzt erstmals auf Initiative der Bundesfamilienministerin sowie der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft eine repräsentative Befragung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Etwa 10.000 Unternehmen unterschiedlicher Größe und Branchen werden für die Befragung angeschrieben. Dabei geht es hauptsächlich um die Frage, was die Unternehmen bereits für Familien leisten und wo die größten Hindernisse für den Ausbau des Unternehmens-Engagements liegen.

Die Studie wird verlässliche Daten darüber liefern, welche Formen der betrieblichen Personal-Politik, welche gesellschaftlichen Strukturen und welche sozial-politischen Anreize und Förderungen Einfluss auf die Balance von Familie und Beruf haben. Erste Ergebnisse des „Monitor Familienfreundlichkeit“ werden im Oktober 2003 vorliegen.

Geschichte mit Zacken



Dieses Sonder-Wertzeichen der Post erscheint am 12. Juni.

17. Juni 1953: 50. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR

Nachdem im April 1953 der Ministerrat der DDR Preiserhöhungen für Lebensmittel beschlossen hatte und am 14. Mai eine Erhöhung der Arbeitsnormen um zehn Prozent folgte, entwickelten sich landesweit soziale Unruhen. Daran änderte auch eine Rücknahme der Preiserhöhungen am 11. Juni nichts.

Die Unzufriedenheit mit den allgemeinen Lebensbedingungen – etwa wegen fehlender politischer und persönlicher Freiheiten – gipfelte am 17. Juni in einem Generalstreik. Nach jüngsten Forschungen beteiligten sich in über 300 Städten und Dörfern der DDR rund eine Million Menschen an den Demonstrationen.

Im ganzen Land fanden Demonstrationen statt. Unterstützt von der Volkspolizei schlugen sowjetische Truppen den Aufstand blutig nieder. Mindestens 125 Menschen wurden getötet, davon 48 standrechtlich hingerichtet. Zu diesen Erschossenen gehören mindestens 18 sowjetische Soldaten, die exekutiert wurden, weil sie sich geweigert hatten, dem Schießbefehl zu folgen. Über 17.000 Frauen und Männer wurden verhaftet und zum Teil zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt.

Am 4. August 1953 erklärt der Deutsche Bundestag den 17. Juni in der Bundesrepublik zum gesetzlichen Feiertag. Bis zur Vereinigung mit der DDR 1990 wurde er als „Tag der Deutschen Einheit“ begangen.

Die Bundeszentrale für Politische Bildung hält ein umfangreiches Informations-Angebot bereit.

@ www.17juni53.de/
Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn,
Telefon: 01888/515-0 , Fax: 01888/515-113 , E-Mail: info@bpb.de

Liebe Zeitungs-Macherinnen und -Macher,

unsere erfolgreiche Reform-Arbeit unserer Bundesregierung geht weiter. Darüber berichten wir wieder im Artikel-Dienst und Ihr in Euren Zeitungen.

Tipp zum Zeitungsmachen 1: Die Seite 1 ist vor allem Eltern (und Kindern) gewidmet. Mit dem Investitions-Programm „Zukunft Bildung und Betreuung“ treibt die Bundesregierung den Ausbau der Ganztags-Schulen überall im Land voran. Jetzt heißt es für Länder und Kommunen mitziehen.

Tipp zum Zeitungsmachen 2: Die Lebens-Hilfe-Seite 2 zeichnet nach, welche zusätzlichen Mittel die Bundesregierung – vor allem für Eigenheim-BesitzerInnen – zur Ankurbelung des Wachstums und für den Umwelt-Schutz einsetzt. Das wird vielen helfen.

Tipp zum Zeitungsmachen 3: Die Seite 3 ist diesmal eine Verbraucher- und Familien-Seite. Sie kann natürlich – wie die anderen – auch gestückelt eingesetzt werden.

Tipp zum Zeitungsmachen 4: Die Seite 4 hat als wichtiges Thema den 17. Juni 1953. Vielleicht bringt Ihr dazu ja auch Zeit-Zeugen zum Erzählen?

Tipp zum Zeitungsmachen 5: Zur Urlaubs-Zeit sind Reise-Tipps nützlich. Ihr findet sie zur Zeit in vielen Medien. Aber auch in früheren Ausgaben des Artikeldienstes, so im AD April 1996 (Mit NfZ versandt und im Internet).

Tipp zum Zeitungsmachen 6: Fotos und Grafiken aus Artikeldienst oder INTERN können unentgeltlich (bitte nicht auf den letzten Drücker) per Fax (030-259 91-359) bestellt werden. Weitere SPD-Angebote www.spd.de und www.spd-online.de

Der nächste Artikeldienst erscheint Mitte Juli – ist jedoch als Text bereits vorher im Internet. Bis dahin hilft und informiert der Tages-Dienst Nachrichten für Zeitungs-MacherInnen (NfZ) – bestellen: Einfach E-Mail an Willi Carl mit Betreff „NfZ“.

Viel Spaß beim Zeitungsmachen
wünscht Willi CARL

(E-Mail: Willi.Carl@spd.de)

SPD-Parteivorstand – Artikeldienst – @artikeldienst online

Postanschrift: 10911 Berlin,
Tel.: 030-28090-239

Willy-Brandt-Haus
Fax: 030-28090-359

kleiner Sing-vogel	▼	Licht-spiel-haus	▼	inhalts-los	▼	Halbton unter d	Frosch-laut	▼	griech. Vor-silbe: Herz....	▼	Dünge-salz
▶						Futterm	Zaren-erlass	▶			
beweg-licher Zimmer-schmuck		Biblio-theks-raum	▶								Schreib-stift-einlage
▶					glas-artiger Überzug		Half-insel im Schwarzen Meer	▶			
Schaum-krone (Bier)		anhäng-lich	▶				franz. Schrift-steller † 1980		Abk.: See-meile		engl.: oder
▶				Auftrag z. Glaubens-verbrei-terung							
Unglück, Miss-geschick		Silber-löwe		Flachs		italie-nisch: Liebe					
Ziehge-rüst für Pflanzen	▶								AUFLÖSUNG DES RÄTSELS K ■ F ■ D ■ Q ■ K ■ M ■ O ■ B ■ I ■ L ■ E ■ S ■ E ■ S ■ A ■ L ■ B ■ L ■ U ■ M ■ E ■ T ■ S ■ K ■ R ■ I ■ M ■ P ■ E ■ C ■ H ■ M ■ I ■ S ■ S ■ I ■ O ■ N ■ M ■ O ■ R ■ E ■ A ■ M ■ O ■ R ■ E ■ S ■ P ■ A ■ L ■ I ■ E ■ R ■ B ■ E ■ U ■ T ■ E ■ L ■ E ■ R ■ G ■ A ■ R ■ N ■ E ■ L ■ E ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■		
▶						span. Artikel					
Säck-chen		Atom-reaktor	▶								
Meeres-krebs	▶										